

Niederschrift

BaMo/035/2025

über die öffentliche und nichtöffentliche Sitzung des Bau- und
Mobilitätsausschusses der Stadt Rheine
am 02.10.2025

Die heutige Sitzung des Bau- und Mobilitätsausschusses der Stadt Rheine, zu der alle Mitglieder ordnungsgemäß eingeladen und - wie folgt aufgeführt - erschienen sind, beginnt um 18:00 Uhr im Saal des Stadtparkrestaurants Rheine.

Anwesend als

Vorsitzender:

Herr Karl-Heinz Brauer	SPD	Ratsmitglied/Vorsitzender
------------------------	-----	---------------------------

Mitglieder:

Frau Marlen Achterkamp	CDU	Ratsmitglied
Herr Martin Beckmann	CDU	Ratsmitglied
Herr Alexander Burmeister	CDU	Ratsmitglied
Herr Hans Havers	CDU	Sachkundiger Bürger
Herr Christian Heeke	CDU	Sachkundiger Bürger
Herr Stephan Huesmann	FDP	Sachkundiger Bürger
Herr Heinz-Jürgen Jansen	DIE LINKE	Ratsmitglied
Herr Bernhard Kleene	SPD	Ratsmitglied
Herr Dr. Manfred Konietzko	CDU	Ratsmitglied/1. Stellv. Vorsitzender
Herr Ulrich Moritzer	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Ratsmitglied
Herr André Schaper	SPD	Ratsmitglied
Herr Markus Tappe	CDU	Ratsmitglied

beratende Mitglieder:

Frau Stefanie Remberg	Ehrenamtliche Beauftragte f. Baudenkmalpflege
-----------------------	--

beratende Sachkundige Einwohner:

Herr Franz-Josef Hesping	Sachkundiger Einwohner f. Seniorenbeirat
--------------------------	---

Herr Claus Meier

Sachkundiger Einwohner f.
Beirat für Menschen mit
Behinderung

Vertreter:

Herr Maik Bierbaum SPD

Vertretung für Herrn Manoharan Murali

Herr Sebastian Köhler BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN

Vertretung für Frau Annelie Wellmann

Herr Heinz-Jürgen Wisselmann BfR

Vertretung für Herrn Claus Schröder

Verwaltung:

Herr Mark Dieckmann

Beigeordneter

Herr Jan Grzybek

PV Technisches Gebäude-
management

Herr Thomas Roling

Produktverantwortlicher
Mobilitäts- und Verkehrs-
planung

Herr Rüdiger Elbers

Straßenverkehrsbehörde

Frau Andrea Mischok

Schriftführerin

Entschuldigt fehlen:

Mitglieder:

Herr Heiko Isfort CDU

Sachkundiger Bürger

Herr Christian Jansen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Ratsmitglied/2. Stellv. Vor-
sitzender

Herr Manoharan Murali SPD

Ratsmitglied

Herr Engelbert Nagelschmidt CDU

Sachkundiger Bürger

Herr Heiko Schomaker UWG

Sachkundiger Bürger

Herr Claus Schröder BfR

Sachkundiger Bürger

Frau Annelie Wellmann BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Sachkundige Bürgerin

Frau Helena Willers CDU

Ratsmitglied

beratende Sachkundige Einwohner:

Herr Mahmoud Tahmaz

Sachkundiger Einwohner f.
Integrationsrat

Verwaltung:

Frau Elke Jaske

Fachbereichsleiterin Planen
und Bauen

Herr Brauer eröffnet die heutige Sitzung des Bau- und Mobilitätsausschusses der Stadt Rheine.

Er stellt fest, dass form- und fristgerecht eingeladen wurde.

Änderungsanträge zur Tagesordnung werden nicht gestellt.

Öffentlicher Teil:

1. Niederschrift Nr. 34 über die öffentliche Sitzung am 04.09.2025

Änderungs- und Ergänzungswünsche zur Niederschrift werden nicht vorgetragen. Diese ist somit genehmigt.

2. Informationen der Verwaltung

Herr Dieckmann stellt nachfolgende Information vor.

Arbeitskreis Radverkehr - Verschiebung der Sitzung

Der Arbeitskreis Radverkehr kommt auf Beschluss des Bau- und Mobilitätsausschusses einmal jährlich zusammen, um über die Maßnahmen zur Umsetzung des Radverkehrskonzeptes zu beraten. Die Ergebnisse der Beratung gehen anschließend als Vorlage zur Beschlussfassung der Maßnahmenliste für Rad- und Fußverkehrsmaßnahmen der Folgejahre in den Bau- und Mobilitätsausschuss.

Die Zusammensetzung des Arbeitskreises, vor allem der politischen Vertreter, muss nach der aktuellen Kommunalwahl jetzt jedoch neu festgelegt werden.

Es war vorgesehen, die jährliche Arbeitssitzung des AK Radverkehr in diesem Jahr am 05.11.2025 abzuhalten, um dessen Empfehlungen für den BaMo am 04.12.2025 vorzubereiten. Da jedoch erst mit der konstituierenden Sitzung des Rates am 04.11.2025 die Zusammensetzung des Rates und der Fraktionen feststeht, können Ladungsfristen nicht eingehalten und Teilnehmer nicht eingeladen werden. Der vorgesehene Termin am 05.11.2025 ist dem zu Folge nicht haltbar.

Die Verwaltung verschiebt daher den diesjährigen Termin des AK Radverkehr auf einen Termin Anfang 2026. In dem dann folgenden Bau- und Mobilitätsausschuss könne die Maßnahmenliste 2026/2027 beschlossen werden.

2.1. Rückblick Rahmenplan Innenstadt - Mehrwerte der einzelnen Maßnahmen

Herr Dieckmann informiert, dass die Fördermaßnahme „Rahmenplan Innenstadt“, die seit 2015 umgesetzt werde, Ende des Jahres auslaufe. Aus diesem Anlass möchte er in der letzten Sitzung des Bau- und Mobilitätsausschusses, die in dieser Zusammensetzung stattfindet, eine Zusammenfassung der erzielten Ergebnisse präsentieren. Er erläutert die nachfolgenden Zahlen und die aufgeführten Maßnahmen anhand der in der Niederschrift angefügte Präsentation. (Anlage 1 - Präsentation Info Rückblick Rahmenplan Innenstadt)

Im Nachgang bedankt sich Herr Dieckmann für die politische Unterstützung, die zur erfolgreichen Umsetzung der Maßnahmen beigetragen habe.

Mehrwerte der einzelnen Maßnahmen für die Innenstadt + Präsentation

Gesamtvolumen RI: 91,0 Mio. € (inkl. Rathauszentrum)

Fördermittel: 17,6 Mio. €

Bustreff

- Fertigstellung: Herbst 2017
- Gesamtkosten: 3,3 Mio. €
- Förderung: 2,6 Mio. €
- öffentliche Baumaßnahme zog private Investitionen nach sich: teilweise mit Unterstützung des Fassadenprogramms wurden Cityhaus, Nadorffhaus und Gebäude Bahnhofstraße 12 saniert
- Merkmale:
 - o behindertengerechte Flächen und Bordsteige
 - o größere Dachfläche mit optischer Aufwertung des Umfeldes
 - o digitale Fahrgastinformationsanzeigen
 - o öffentliche behindertengerechte Toilette
- Fahrgastzahl 2015: 2,5 Mio.
- Fahrgastzahl 2019: 3,3 Mio. (vor Corona)

Marktplatz

- Bauzeit 2018 bis 2020
- Gesamtkosten: 1,6 Mio. €
- Förderung: 1,1 Mio. €
- Ausgangslage 2017: großer Leerstand, Platz nicht barrierefrei (Wellen, Stufen, Natursteinpflaster), Pflasterung sehr divers, Nutzbarkeit eingeschränkt, ungünstig positionierte Einbauten, Trading Down-Effekt
- Folgeentwicklungen:
 - o Standortkonzept Marktplatz
 - o gemeinsames Vorgehen Stadt/Eigentümer/EWG
 - o neue Mieter, Schwerpunkt Gastronomie
 - o gemeinsames Beleuchtungskonzept für die Fassaden
 - o Gründung ISG
 - o Viel genutzter Platz, Treffpunkt, Veranstaltungsort

Barrierefreiheit im öffentlichen Raum

- Die Hauptfußgänger-Routen aus den Quartieren in die Innenstadt wurden barrierefrei/barrierearm ausgebaut

Umgestaltung des Kettelerufers

- Gesamtkosten: 2,2 Mio. €
- Förderung: 1,5 Mio. €
- Verbreiterung auf 6 m, modernes Mobiliar,
 - o zusätzliche Elemente: behindertengerechte Rampe, Freitreppe mit Sitzstufen, Elektrotechnik für öffentliche Veranstaltungen, Kletterfläche an der Brückenstütze, Gastronomie auf einem Steg (errichtet von Herrn Klaas)

Fassadenprogramm

- Gesamtkosten: 220.000 €
- Förderung: 150.000 €

Verfügungsfonds

- Gesamtkosten: 75.000 €
- Förderung: 52.000 €

2.2. Alte Bahnhofstraße in Mesum - Einbahnstraßenregelung

Herr Roling berichtet über die dauerhafte Einrichtung der Einbahnstraßenregelung in der Alten Bahnhofstraße, die im Mai dieses Jahrs beschlossen worden sei. Er erläutert, dass an der Einmündung von der Rheiner Straße in die Alte Bahnhofstraße eine rot markierte Radfahrspur eingerichtet werde, um die Einfahrt für Radfahrer zu erleichtern und Konflikte mit entgegenkommenden Pkws zu vermeiden. Zudem sei der Schleichverkehr durch die Veenstraße unterbunden worden, wobei es aber Ausnahmen für Marktzeiten und andere Fälle gebe.

Er führt weiter aus, dass der Straßenabschnitt von der Gröningstraße bis zur Rheiner Straße als Tempo-20-Zone ausgewiesen werde, während der letzte Abschnitt als Tempo-30-Zone verbleibe. Diese Maßnahmen dienen der klareren Verkehrsführung und verbesserten Wahrnehmung durch die Verkehrsteilnehmer. Herr Roling zeigt sich zuversichtlich, dass die Maßnahmen von allen Beteiligten positiv aufgenommen werden.

Alte Bahnhofstraße

Markierung und Beschilderung im Zuge der Einbahnstraße

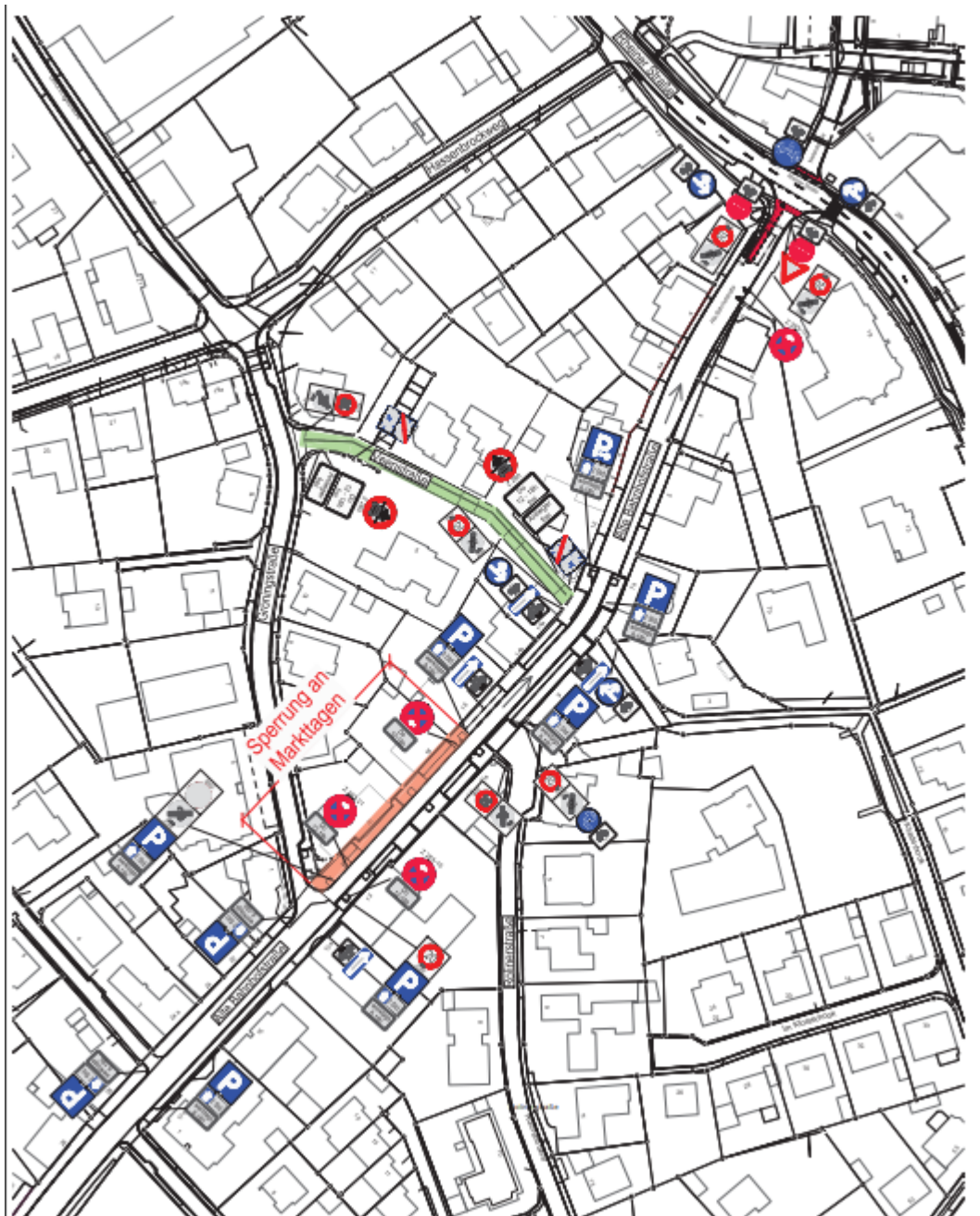
Im Zuge der dauerhaften Einrichtung der Einbahnstraßenregelung in der Alten Bahnhofstraße, von Gröningstraße bis Rheiner Straße, musste die Beschilderung entsprechend der neuen Regelung angepasst werden (siehe Vorlage 118/25).

In diesem Zusammenhang waren auf Grund der Ergebnisse der Verkehrszählung und den Beobachtungen des Verkehrsverhaltens zusätzliche folgende Maßnahmen vorgesehen:

- Optimierung der Radwegeführung bei Einfahrt von der Rheiner Straße
- Anlieger-frei-Regelung in der Veenstraße

Nach Anregung im Bau- und Mobilitätsausschuss vom 04.09.2025 sind im Zuge der weiteren Bearbeitung der Beschilderungspläne Möglichkeiten zur Reduzierung der Schilderanzahl mit der Straßenverkehrsbehörde überprüft worden.

Im Ergebnis wird die Alte Bahnhofstraße, die bisher (auch vor der Einbahnstraßenregelung) zum Teil als T-30-Zone und als T-20-Zone beschildert war, nun auf dem Teilstück der Einbahnstraße insgesamt als T-20-Zone ausgewiesen. Hierdurch können Schilder eingespart, die Regelung vereinfacht und das Geschwindigkeitsniveau möglichst verringert werden.



3. Informationen der Straßenverkehrsbehörde

Herr Elbers berichtet, dass in der letzten Sitzung die **Einrichtung einer Tempo-30-Zone an der Catenhorner Straße** aufgrund des neuen Kindergartens angeregt worden sei. Er habe diese Anregung an den Kreis Steinfurt, als zuständigen Straßenbaulastträger, weitergeleitet. Eine Rückmeldung liege bislang nicht vor. Sollte der Kreis zustimmen, werde die Maßnahme im Einvernehmen umgesetzt werden.

Herr Schaper berichtet von einem Verkehrschaos an der **Südeschule**, welches morgens durch unübersichtliches Parken der Eltern, die ihre Kinder zur Schule bringen, entstehe. Herr Elbers sichert zu, Verkehrsüberwachungskräfte gezielt auf diesen Bereich hinzuweisen und die Situation zu prüfen.

Frau Achterkamp weist auf Probleme am neu gestalteten **Dorfplatz in Mesum** hin. Sie berichtet, dass die ebenerdige Gestaltung der Straße, die der Barrierefreiheit dienen solle, im Eckbereich des alten Amtsgebäudes zu einer sogenannten „Schnibbelecke“ durch Pkw-Fahrer geworden sei. Auch werde dort, trotz eines bestehenden Halteverbotes, geparkt, was insbesondere für die Schüler von der Johannesgrundschule kommend, eine Gefahr darstelle.

Herr Elbers erklärt, dass er dies in den Arbeitskreis Verkehr mitnehmen werde und darüber berichten werde.

4. Einwohnerfragestunde

Es erfolgen keine Wortmeldungen.

5. Eingaben

Es liegen der Verwaltung keine Eingaben vor.

6. Sachstandsbericht Vergabe Schulreinigung

Herr Brauer erläutert, dass er um einen mündlichen Bericht zur Vergabe der Schulreinigung gebeten habe, da es Diskussionen über den Zustand der Reinigungen in den Schulen gegeben habe. Er verweist auf Anträge der Mitglieder der CDU und FDP, die Veränderungen in dem Bereich gefordert haben. Er betont die Notwendigkeit, den Ausschuss über die Abläufe zu informieren.

Herr Dieckmann berichtet, dass die Reinigungsleistungen grundsätzlich durch Fremdfirmen erbracht werden, mit Ausnahme des Falkenhof Museums, das aus versicherungstechnischen Gründen eine Sonderstellung einnehme. Die Vergabe der Reinigungsaufträge erfolge über das kaufmännische Gebäudemanagement, wobei kleinere Auftragseinheiten in Lose aufgeteilt werden, um auch kleinen und mittleren Unternehmen die Möglichkeit zur Teilnahme zu geben. Im Jahr 2023 seien zehn Lose an fünf Reinigungsdienstleister vergeben worden, wobei es bei zwei dieser Dienstleister wiederholt Beschwerden gegeben habe, die trotz intensiver Bemühungen nicht vollständig abgestellt werden konnten. In diesen Fällen wurden die Verträge gekündigt und neue Vergabeverfahren eingeleitet. Insgesamt haben sich auf die neu ausgeschriebenen Lose

19 Reinigungsdienstleister beworben, wobei die neuen Verträge zum 1. Oktober 2025 in Kraft treten werden. Herr Dieckmann weist darauf hin, dass die Reinigungsstandards klar definiert seien, während die Wahl der Reinigungsmethoden den Dienstleistern überlassen bleibe. Dies ermögliche eine wirtschaftliche Organisation der Arbeitsabläufe. Mängel, die eine bestimmte Grenze überschreiten, werden mit Sanktionen wie Rechnungskürzungen oder Vertragskündigungen belegt. Weiter weist Herr Dieckmann daraufhin, dass zur Qualitätssicherung Checklisten eingeführt worden seien, die von den Hausmeistern in Zusammenarbeit mit den Reinigungsfirmen abgearbeitet und dokumentiert werden. Diese Dokumentationen dienen der Transparenz der Leistungen und verbessere die Argumentationsposition des Arbeitgebers. **(Anlage 2 – Präsentation -Reinigungsleistungen der städtischen Gebäude)**

Herr Brauer fragt, ob es Wortmeldungen hierzu gebe.

Frau Achterkamp erkundigt sich, ob es Vereinbarungen für intensivere Reinigungen, wie beispielsweise von Treppengeländern, in bestimmten Intervallen gebe. Zudem fragt sie, ob bei Baumaßnahmen in Schulen eine intensivere Reinigung durch die Reinigungsfirmen vorgesehen sei, um den Schulbetrieb schnell wieder in einem tragbaren Zustand überführen zu können.

Herr Dieckmann antwortet, dass es ein Reinigungsprogramm gebe, in dem verschiedene Elemente bestimmten Reinigungsintervallen zugeordnet seien und diese von den Hausmeistern kontrolliert werden. Bezüglich der Baumaßnahmen erklärt er, dass im Regelfall eine Endreinigung innerhalb der Baumaßnahme abgedeckt sei. Kleinere Verschmutzungen, wie sie etwa durch das Bohren von Löchern entstehen, werden in der Regel vom Hausmeister oder den Handwerkern selbst beseitigt.

Herr Brauer schließt den Tagesordnungspunkt und hofft, dass sich der Ausschuss demnächst auch mit den Anträgen der CDU und FDP beschäftigen werde.

7. Ergänzungsvorlage zur Vorlage "Zentralmagazin für Stadtarchiv und Städtische Museen - weiterführende Planung auf Grundlage Vorentwurf"
Vorlage: 446/25/1

Herr Dieckmann erläutert, dass das Projekt bereits im Betriebsausschuss „Stadtkultur Rheine“ (BASK) vorgestellt worden sei. Die Planung basiere auf den Anforderungen der Nutzenden, die in einem Raumbuch, einer Machbarkeitsanalyse und einer ersten Kostenschätzung zusammengefasst worden seien. Weiter erklärt er, dass diese Kostenschätzung Grundlage für die Haushaltsplanung sei. Die Planungen seien noch sehr grob und mit den entsprechenden Unsicherheiten behaftet. Herr Dieckmann führt aus, dass sich das Projekt derzeit in der Leistungsphase 3 der Honorarordnung für Architekten und Ingenieure (HOAI) befinde, was einem Vorentwurf entspreche. Der Bau sei funktional und massiv konzipiert und werde mit einer Photovoltaikanlage auf dem Dach ausgestattet. Ziel sei es, die eingelagerten Kulturgüter langfristig zu erhalten, wobei neben den Lagerflächen auch Sozialräume vorgesehen seien. Er beschreibt die geplante Raumaufteilung der einzelnen Geschosse, wobei ein Lastenaufzug bis in die oberen Etagen reiche. Die technische Gebäudeausstattung umfasse unter anderem eine Brandmelde- und Einbruchmeldeanlage und zwei Treppenhäuser zur Entfluchtung. Herr Dieckmann geht auf die geplanten innovativen Ansätze ein, worunter auch die Photovoltaik-Thermie-Fassade (PVT-Fassade) falle, die aber als Option noch geprüft werden müsse. Mit der PVT-Fassade sollen sowohl Energie erzeugt, als auch physikalische Anforderungen abgedeckt werden. Eine Klimaanlage sei für das Gebäude nicht vorgesehen, da man sich an niederländischen Vorbildern orientiere und auf eine natürliche Klimatisierung setze. Eine Grünfassade sei angedacht, wobei diese Maßnahme jedoch optional sei und bei Bedarf gestrichen werden könne. Herr Dieckmann weist darauf hin, dass die Planung eng an den Vorgaben des Raumbuches ausgerichtet wurde,

damit der Bedarf nicht überschritten werde, wobei die Kosten für die Maßnahme auf Vorentwurfsniveau geschätzt worden seien. Anschließend stellt sich Herrn Jan Grzybek vor, der seit dem 1. Juli der Leiter des Technischen Gebäudemanagements ist.

Herr Grzybek erläutert, dass diese Position im Zuge einer Umstrukturierung entstanden sei, bei der der technische Bereich der Zentralen Gebäudewirtschaft und der Hochbau zusammengelegt wurde. Das Ziel dieser Zusammenlegung sei, eine bessere Abstimmung und Nutzung von Synergien zu erreichen, um Gebäude effizienter und wirtschaftlicher zu bauen und zu nutzen. Er betont, dass ihm nicht nur die Bauphase, sondern auch die anschließende Nutzung und die langfristige Unterhaltung der Gebäude wichtig seien.

Herr Brauer begrüßt Herrn Grzybek in der Runde des Bau- und Mobilitätsausschusses. Er gehe davon aus, dass er künftig häufiger in den Sitzungen zu sehen sei.

Herr Schaper erläutert, dass die Entscheidung über das Zentralmagazin, die an diesem Tag getroffen werden soll, eine langjährige Diskussion beenden könne, die sich über etwa 30 Jahre erstreckt habe. Er betont, dass das Zentralmagazin kein Luxusobjekt sei, sondern eine notwendige Einrichtung, um die Zeugnisse der Vergangenheit auf angemessene Weise zu archivieren. Die bisherigen Bedingungen haben dies nur eingeschränkt ermöglichen können. Er hebt hervor, dass die Vorentwürfe eine moderne und technisch fortschrittliche Lösung bieten würden, die den aktuellen Anforderungen an die Archivierung gerecht werde. Zu den Mehrkosten in Höhe von 1,1 Mio. Euro räumt er ein, dass diese zusätzlichen Investitionen durchaus kritisch betrachtet werden können. Dennoch sehe er die geplante PVT-Anlage als eine überzeugende Möglichkeit, die CO₂-Emissionen zu senken und die notwendige Kühlung des Gebäudes eigenständig zu gewährleisten.

Herr Huesmann erklärt, dass die Mitglieder der FDP dem Projekt grundsätzlich positiv gegenüberstehen. Er möchte wissen, ob der alte Ratssaal, der derzeit nicht genutzt werde, als Archivstandort in Betracht gezogen werden könne und ob diese Überlegung geprüft worden sei.

Herr Dieckmann erklärt, dass diese Idee nicht neu sei, jedoch bereits im Rahmen der Haushaltsplanberatungen im letzten Jahr entschieden wurde, das Archiv an dem derzeit geplanten Standort zu errichten. Zu dem Zeitpunkt sei noch nicht bekannt gewesen, dass der Ratssaal nicht abgerissen werden könne. Herr Dieckmann weist darauf hin, dass der Ratssaal mit einer Fläche von etwa 300 qm im Vergleich zur benötigten Gesamtfläche von über 1.800 qm, lediglich einen geringen Beitrag leisten könne.

Herr Beckmann erklärt, dass er aus der Perspektive eines „Baumenschen“ den Bau betrachte und die Mitglieder der CDU voll zu dem Hauptprogramm stehen. Fakt sei aber auch, dass die Minimalkosten in Höhe von 6,2 Mio. Euro nicht überschritten werden dürfen. Diese „Lagerhalle“ soll, basierend auf dem Raumprogramm, auch mit dem Schaufenster gebaut werden, wobei die Kosten für das Schaufenster mit 50.000,00 Euro gedeckelt werden sollen. Zur Beauftragung des Generalunternehmers möchten sie einen Prüfauftrag haben, damit die heimische Wirtschaft bei diesem Bauvorhaben entsprechend berücksichtigt werde.

Den Ausführungen zum Schaufenster stimmt Herr Dieckmann grundsätzlich zu. Er weist jedoch darauf hin, dass noch weitere Maßnahmen, wie die Anpassung des Höhenversprungs zwischen Radweg und Gelände erforderlich sei. Die Idee, die Maschinen niedrighschwellig sichtbar zu machen, sei von der Kulturabteilung eingebracht worden und werde als sinnvoll erachtet. Zur Beauftragung eines Totalunternehmers(TU) könne er von positiven Erfahrungen bei einem ähnlichen Projekt an der Catenhorner Straße berichten. Bei diesem Projekt seien viele örtliche Firmen beteiligt gewesen, obwohl dies nicht explizit in den Ausschreibungen gefordert worden sei.

Herr Grzybek erläutert den Unterschied zwischen einem Generalunternehmer (GU) und einem Totalunternehmer (TU). Während der GU die Gewerke ausführt, übernehme der TU zusätzlich die Planung der Bauleistungen. Er betont, dass die Zusammenarbeit mit Architekten in der Vergangenheit nicht immer zufriedenstellend gewesen sei, da diese oft nicht wirtschaftlich arbeiteten. Der TU habe hingegen ein eigenes Interesse an einer wirtschaftlichen Umsetzung, was die Zusammenarbeit erleichtere und die Kommunikation auf eine Ansprechperson reduziere.

Herr Heinz-Jürgen Jansen fragt, ob es Förderprogramme für die innovative Fassadentechnologie gebe und ob man einschätzen könne, welche Energieeinsparungen über einen Zeitraum von 10 bis 20 Jahren zu erwarten seien.

Herr Grzybek weist darauf hin, dass es zum derzeitigen Planungsstand noch nicht möglich sei, die Energieerträge der Anlage zu ermitteln. Die Wirtschaftlichkeit, die Amortisationszeit sowie die potenziellen Einsparungen und Einnahmen könnten erst im weiteren Planungsprozess konkret berechnet werden. Ziel sei es, auf Basis genauer Zahlen eine fundierte Entscheidung treffen zu können. Die Mehrkosten für die Fassadenöffnung würden sich aus der Differenz zwischen den Kosten des Schaufensters (70.000 Euro) und der Klinkerfassade (20.000 Euro) ergeben, sodass ein Betrag von 50.000 Euro als zusätzliche Kosten verbleiben werden. Zu Fördermöglichkeiten erklärt er, dass nach seiner Einschätzung Photovoltaikanlagen derzeit nicht gefördert werden, regenerative Energien jedoch schon. Dies werde man in der Wirtschaftlichkeitsberechnung berücksichtigen.

Herr Heinz-Jürgen Jansen plädiert dafür, bei einem Gesamtbetrag von 6 Mio. Euro nicht auf jeden Cent zu achten. Insbesondere im Hinblick auf die kulturelle Bedeutung der Textilindustrie für die Region sei es wichtig, diese angemessen darzustellen. Sinnvoll sei für ihn z. B. auch eine Bank oder eine Sitzgelegenheit vor dem Schaufenster.

Herr Moritzer fragt, ob eine Erweiterung des Gebäudes durch ein zusätzliches Stockwerk in die Planung aufgenommen werde, wenn der Platzbedarf in den nächsten 20 bis 30 Jahren nicht ausreichen werde.

Herr Dieckmann weist darauf hin, dass die Statik des Gebäudes dann entsprechend ausgelegt werden müsse, falls eine spätere Aufstockung möglich sein soll. Derzeit sei dies nicht vorgesehen. Die aktuelle Auslastung des Gebäudes liege bei ca. 75 %, was nach Rücksprache mit den Nutzenden für die absehbare Zukunft ausreichend sei.

Herr Schaper möchte wissen, ob in den Schaufenstern des Gebäudes UV-Filter integriert werden, da Sonnenlicht ein wesentlicher Faktor für die Schädigung von Archivmaterial sei.

Herr Dieckmann erklärt, dass die technische Ausgestaltung des Gebäudes diese Funktionalität berücksichtigen werde, die genaue Planungstiefe hierzu aber noch nicht erreicht sei. Er werde den Punkt mit aufnehmen und in der weiteren Planung berücksichtigen.

Herr Karl-Heinz Brauer greift als Vorsitzender in die Diskussion ein und schlägt vor, einen Kompromiss zu finden, um eine Entscheidung herbeizuführen, die eine weitere Planung und Umsetzung ermögliche. Er erklärt, dass er Probleme damit habe, wenn die Formulierung des Beschlusses dazu führe, dass das Thema nicht mehr in den politischen Entscheidungsprozess zurückgeführt werden könne. Er verweist in diesem Zusammenhang auf die Verantwortung gegenüber dem Totalunternehmer und die Notwendigkeit, die weitere Vorgehensweise sorgfältig zu prüfen. Er schlägt vor, den Beschluss für die neue Fassade mit der Verpflichtung einer Prüfung zu fassen. Diese Prüfung soll sich auf die mögliche Kostenreduktion durch Energieeinsparungen beziehen, die man über einen Zeitraum von 20 Jahren erreichen könne. Er betont, dass hierfür belastbare Zahlen benötigt werden, die jedoch aufgrund des aktuellen Planungsstandes noch nicht vorliegen. Er regt an, die Planung fortzusetzen und die Ergebnisse zu einem späteren

Zeitpunkt erneut im zuständigen Ausschuss zu diskutieren, damit eine fundierte politische Entscheidung getroffen werden könne.

Herr Beckmann erklärt in Bezug auf die Finanzierung und die weitere Planung, dass eine Prüfung erfolge, deren Ergebnisse in einem der nächsten Bau- und Mobilitätsausschüsse vorgestellt werden. Dabei solle eine Vorlage erstellt werden, die eine Amortisationsrechnung sowie weitere Details enthalte. Er betont, dass eine zusätzliche Belastung des Haushalts in Höhe von 1,3 Millionen Euro nicht angestrebt werde.

Herr Dieckmann nimmt die Ausführungen von Herrn Beckmann zur Kenntnis und ergänzt, dass die Haushaltslage eine zentrale Rolle bei der Entscheidungsfindung spielen müsse. Er schlägt vor, die Wirtschaftlichkeit des Projekts über eine Amortisationszeit zu betrachten, um die langfristige Rentabilität sicherzustellen.

Herr Karl-Heinz Brauer erklärt, dass er die Beschlussvorschläge einzeln zur Abstimmung bringen werde. Er ruft die Beschlussvorschläge 2 – 4 auf.

2. Der **Bau- und Mobilitätsausschuss** beschließt den Neubau des Zentralmagazins für das Stadtarchiv und die Städtischen Museen an der Hovekampstraße in Rheine R auf Grundlage des vorgestellten Vorentwurfes.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

3. Der **Bau- und Mobilitätsausschuss** beauftragt die Verwaltung, die Realisierung des Projektes durch einen Totalunternehmer (TU) zu prüfen und ggf. weiterzuverfolgen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

4. Der **Bau- und Mobilitätsausschuss** beauftragt die Verwaltung, die Planung mit einer begründeten und energieerzeugenden Fassade zu prüfen. ~~und ggf. weiterzuverfolgen.~~

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Zu Abstimmungspunkt 4 schlägt Herr Brauer einen Kompromissvorschlag vor, der die Verwaltung beauftragen solle, die Planung mit einer energieerzeugenden Fassade erst einmal zu prüfen. Das Ergebnis solle dann im Nachgang dem Bau- und Mobilitätsausschuss erneut zur Beschlussfassung gelegt werden. Die Ausschreibung der energieerzeugenden Fassade solle durch den Totalunternehmer erfolgen, wobei die Verwaltung danach die Kosten berechnen und die Ergebnisse dann erneut in die politische Diskussion wieder einbringen könne.

Herr Beckmann erklärt, dass auch er der Umsetzung des Beschlussvorschlages so zustimmen könne.

Geänderter Beschluss:

- ~~1. Der **Betriebsausschuss Stadtkultur Rheine** beschließt das aktualisierte Raumprogramm für das Zentralmagazin des Stadtarchivs und der Städtischen Museen.~~
2. Der **Bau- und Mobilitätsausschuss** beschließt den Neubau des Zentralmagazins für das Stadtarchiv und die Städtischen Museen an der Hovekampstraße in Rheine R auf Grundlage des vorgestellten Vorentwurfes.

3. Der **Bau- und Mobilitätsausschuss** beauftragt die Verwaltung, die Realisierung des Projektes durch einen Totalunternehmer (TU) zu prüfen und ggf. weiterzuverfolgen.
4. Der **Bau- und Mobilitätsausschuss** beauftragt die Verwaltung, die Planung mit einer begrünten und energieerzeugenden Fassade zu prüfen. ~~und ggf. weiterzuverfolgen.~~

Abstimmungsergebnis: einstimmig

8. Freiflächenplanung Europa-Viertel Vorlage: 494/25

Herr Dieckmann erläutert, dass das Quartier als Modellprojekt für innovative Ansätze in den Bereichen Entwässerung, Mobilität und Müllentsorgung diene. Er hebt hervor, dass der zentrale Fokus auf der Gestaltung eines 1,7 Hektar großen Grünzugs liege, der multifunktionale Flächen für Regenwassermanagement, Mikroklimaverbesserung sowie Freizeit- und Begegnungsräume bieten solle. Die Planung sieht vor, den Altbaumbestand zu erhalten und durch über 100 Neuanpflanzungen zu ergänzen, was eine langfristige Verjüngung des Gebiets gewährleiste. Er weist darauf hin, dass die Freiflächen durch Radwege erschlossen werden und verschiedene Nutzungen wie Spiel, Sport und Erholung ermöglichen. Er beschreibt detailliert die geplanten Nutzungen.

Herr Beckmann lobt die Planung und Finanzierung durch Investoren. Er äußert jedoch Bedenken hinsichtlich möglichen Vandalismus und betont die Notwendigkeit gegenseitiger Rücksichtnahme zwischen Fußgängern, Radfahrern und Autofahrern in Spielstraßen.

Herr Hesping schließt sich der positiven Bewertung an und regt an, einen Rollator-Parcours für ältere Menschen zu integrieren, da die Nutzung von Rollatoren immer mehr zunehme.

Herr Dieckmann zeigt sich offen für die Idee, verweist jedoch auf die bereits ausgeschöpften finanziellen Mittel und die bestehende Planung hin. Er schlägt vor, die Anregung für zukünftige Projekte zu prüfen.

Herr Burmeister weist darauf hin, dass die Unterhaltungskosten der Freiflächen von der Stadt getragen werden müsse, nachdem die Investoren die Ersterstellung finanziert haben. Er regt an, die Anzahl der Abfalleimer zu erhöhen, da die bisherige Planung nur zwei vorsehen würde. Zudem fragt er nach einem Konzept für die Verwaltung des geplanten DJ-Pults.

Herr Dieckmann erklärt, dass das DJ-Pult vandalismussicher gestaltet werde und keine zusätzlichen Betreuung durch einen Hausmeister nötig sei. Er weist darauf hin, dass die Wartung und Pflege der Spielgeräte sowie der Grünflächen, wie bei anderen städtischen Anlagen, durch die Technischen Betriebe Rheine erfolge.

Beschluss:

Der Bau- und Mobilitätsausschuss beschließt das Freiraumkonzept des Europa-Viertels auf Grundlage der vorliegenden Freiflächenplanung.

Der Bau- und Mobilitätsausschuss empfiehlt dem Rat, die erforderlichen Mittel im Rahmen der weiteren Haushaltsplanberatungen 2026 zur Verfügung zu stellen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**9. Umbenennung von Haltestellen im Verlauf verschiedener Buslinien im Stadtgebiet
Vorlage: 488/25**

Herr Heinz-Jürgen Jansen erkundigt sich nach dem Grund für die Umbenennung der Haltestelle „Königsberger Straße“ in „Stettiner Straße“.

Herr Roling erklärt, dass das Konzept bereits beschlossen wurde. Er führt aus, dass bei der Benennung von Haltestellen in der Regel die nächstgelegene Querstraße als Namensgeber herangezogen werde. Er weist darauf hin, dass die Beschilderung früher anders vorgenommen wurde, weshalb man nun eine Anpassung an das heutige System vornehme.

Beschluss:

Der Bau- und Mobilitätsausschuss beschließt die Umbenennung/Neubenennung von Haltestellen im Verlauf verschiedener Buslinien entsprechend der Tabelle 1.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**10. Widmung von Straßen im Stadtgebiet Rheine
(Dionysiusstraße/ Schlehdornweg)
Vorlage: 463/25**

Beschluss:

Der Bau- und Mobilitätsausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Rheine nachfolgenden Beschluss zu fassen:

Folgende Straßen werden gemäß § 6 Abs. 1 des Straßen- und Wegegesetzes des Landes Nordrhein-Westfalen vom 23. 09.1995 (StrWG NRW – GV. NRW S. 1028) in der zurzeit gültigen Fassung für den öffentlichen Verkehr gewidmet:

1. **Dionysiusstraße (Stichweg Flurstück 527)**
von Dionysiusstraße
bis Heidackerweg

2. Schlehdornweg von Elter Straße bis Wendehammer

Die Straßen erhalten die Eigenschaft von Gemeindestraßen nach § 3 Abs. 1 Nr. 3 des Straßen- und Wegegesetzes. Träger der Straßenbaulast ist gemäß § 47 des Straßen- und Wegegesetzes die Stadt Rheine. Die Übersichtspläne sind Bestandteil dieser Widmungsverfügung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

11. Anfragen und Anregungen

Herr Meier erinnert daran, dass vor einiger Zeit über die **Sandkampstraße** gesprochen wurde und dabei auch die dort **anliegende Behindertenwerkstatt** thematisiert wurde. Er berichtet, dass der sogenannte Morgensprinter ab dem 01. Januar 2026 vollständig entfallen werde und erklärt, dass ursprünglich die Installation einer Fußgängerbedarfsampel vorgesehen gewesen sei, er aber entsprechende Fortschritte nicht erkennen könne. Er fragt, ob bis zum genannten Datum eine sichere Querung der Straße oder die Verlegung der Linie geplant sei. Zudem äußert er Unverständnis darüber, dass wenige hundert Meter entfernt eine Querungshilfe relativ kurzfristig realisiert worden sei.

Herr Roling erklärt, dass derzeit die Ausführungsplanung erstellt werde und an der betreffenden Stelle eine Bushaltestelle mit einer Fußgängersignalanlage errichtet werde. Die Ausführungsplanung sei in Arbeit und die Ausschreibungen werden vorbereitet, sodass der Bau und die Inbetriebnahme zu Beginn des kommenden Jahres erfolgen könne. Zur Querungshilfe an der Sandkampstraße/Haselweg erklärt Herr Roling, dass diese aufgrund der Aufgabe einer Linksabbiegerspur realisiert werden konnte. Im Bereich der Düsterbergstraße sei dies jedoch nicht möglich, da an der Düsterbergstraße keine separate Linksabbiegerspur vorhanden sei.

Frau Achterkamp hat Fragen zum **Ereignismeldesystem** der Stadt Rheine, welches sie grundsätzlich begrüße. Sie berichtet, dass Bürger vom **Hassenbrockweg** sie darauf hingewiesen haben, dass gemeldete Schäden, wie, z. B. defekte Laternen oder hochgegangene Bürgersteige in dem Bereich, auch nach drei bis vier Wochen noch nicht behoben worden seien. Sie möchte wissen, ob es Fristen gebe, innerhalb derer solche Mängel behoben werden müssen. Sie betont, dass gerade bei kleineren Schäden eine zügigere Bearbeitung wünschenswert sei.

Herr Dieckmann weist darauf hin, dass bei einer Schadensmeldung eine Eingangsbestätigung versendet werde, damit die Bürger wissen, dass ihre Meldung eingegangen sei. Er räumt ein, dass es vor etwa einem Dreivierteljahr technische Probleme gegeben habe, diese jedoch, nach seinem Kenntnisstand, behoben worden seien. Herr Dieckmann werde die genannten Punkte prüfen lassen.

Herr Schaper fragt nach dem **Sachstand zur Sandsteinmauer** in Bentlage.

Herr Dieckmann verweist auf Frau Jaske, die heute an der Sitzung nicht teilnehmen konnte. Er werde für die kommende Sitzung hierzu Informationen einholen.

Herr Burmeister regt an, eine **Überprüfung der Beleuchtungssituation** in der Stadt durchzuführen. Er weist darauf hin, dass die Baumkronen vieler Alleen die Laternen umschließen würden, wodurch das Licht nur spärlich auf die Straße falle. Dies sei insbesondere in den Abendstunden zwischen 19 und 20 Uhr deutlich erkennbar. Er betont, dass dieses Problem nicht eine einzelne Straße betreffe, sondern in vielen Bereichen der Stadt auftrete.

Verabschiedung von Herrn Brauer

Zum Abschluss des Tagesordnungspunktes dankt Herr Dieckmann Herrn Brauer für seine langjährige Tätigkeit als Ausschussvorsitzender im Bau- und Mobilitätsausschuss. Er weist darauf hin, dass Herr Brauer direkt nach seinem Eintritt in den Stadtrat den Vorsitz übernommen habe. Er würdigt das Engagement von Herrn Brauer, dass er über viele Jahre hinweg ehrenamtlich ausgeübt habe und lobt seine sachliche, menschliche und gewissenhafte Arbeitsweise. Abschließend spricht Herr Dieckmann im Namen der Stadt Rheine und aller Beteiligten Herrn Brauer seinen ausdrücklichen Dank für die Jahre aus.

Herr Brauer bedankt sich für die anerkennenden Worte und betont, dass die erfolgreiche Arbeit im Ausschuss stets auf einer kooperativen und kompromissbereiten Zusammenarbeit aller Mitglieder basiere. Er erinnert daran, dass die Arbeitsweise im Laufe der Jahre durch technische Entwicklungen, wie den Einsatz von Laptops, erleichtert worden sei, während zu Beginn seiner Tätigkeit noch mit umfangreichen Papierunterlagen hantiert wurde. Herr Brauer erklärt, dass er dem Ausschuss künftig nicht mehr angehören werde, da er der Meinung sei, dass ein ehemaliger Vorsitzender einem neuen Vorsitzenden nicht durch seine Anwesenheit im Ausschuss irritieren solle. Er beschreibt, wie er sich im Laufe der Jahre in die Themen des Ausschusses eingearbeitet habe, die ihm zu Beginn seiner Tätigkeit noch fremd gewesen seien. Er hebt hervor, dass ihm die Arbeit trotz der Herausforderungen stets Freude bereitet habe.

Ende der Sitzung:

19:40 Uhr

Karl-Heinz Brauer
Ausschussvorsitzender

Andrea Mischok
Schriftführerin